Die Bundestagswahl – was sagen die Parteien zur Akademisierung der Gesundheitsfachberufe?

Erschienen am 23.08.2017

Der IFK formulierte eine Reihe wichtiger Forderungen vor der kommenden Bundestagswahl. Zugleich baten wir Maria Klein-Schmeink (Bündnis 90/Die Grünen), Maria Michalk (CDU), Kathrin Vogler (Die Linke), Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP) und Hilde Mattheis (SPD), uns die gesundheitspolitischen Positionen ihrer Parteien mit Blick auf die Physiotherapie darzulegen.

Heute geht es um die Frage, inwieweit aus Sicht der Parteien die Weiterentwicklung der Gesundheitsfachberufe durch die Akademisierung der Berufsfelder erfolgen soll:

Inwieweit unterstützen Sie und Ihre Partei die Förderung von akademischen Forschungsstrukturen für die Weiterentwicklung der Gesundheitsfachberufe sowie die Überführung der therapeutischen Modellstudiengänge in den Regelbetrieb an therapeutischen Hochschulen und/oder eigenen therapeutischen Fakultäten an Universitäten?

Maria Klein-Schmeink (Bündnis 90/Die Grünen):
„Aus unserer Sicht ist es höchste Eisenbahn für die Regelstudiengänge und für eine Akademisierung von Gesundheitsfachberufen, wie der Physiotherapie oder der Ergotherapie. Eine Akademisierung ist ein wichtiger Baustein für mehr Qualität. Wir hätten uns eine zügigere Überführung in den Regelbetrieb gewünscht. Leider hat die große Koalition entschieden, die Modellstudiengänge zu verlängern und noch einmal vier Jahre ins Land gehen zu lassen."

Maria Michalk (CDU):
„Die Union hat maßgeblich das Gesetz zur Einführung einer Modellklausel in die Berufsgesetze der Physiotherapeuten und der Ergotherapeuten vorangebracht und inzwischen verlängert. Damit wurde die Möglichkeit von Modellausbildungen auch an Hochschulen geschaffen. Auf dieser Grundlage können neue Ausbildungsstrukturen erprobt werden. Dies schließt die akademische Erstausbildung ein. Nach erfolgreichem Abschluss dieser Modellstudiengänge ist eine Überführung in den Regelbetrieb an Hochschulen geplant. Wissenschaftliche Begleitung bleibt wichtig."

Kathrin Vogler (Die Linke):
„Zumindest für die Teilakademisierung gibt es deutliche Hinweise auf eine bessere Patientenversorgung. Wir hätten uns hier von der Bundesregierung mehr Mut erhofft. Da nun die Modellklausel verlängert wurde, werden wir in der nächsten Wahlperiode neue Erkenntnisse erfahren. Wenn eine flächendeckende Akademisierung Vorteile für die Patientinnen und Patienten hat, wofür vieles spricht, dann werden wir diese forcieren."

Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP):
„Um neue Untersuchungs- und Behandlungsmethoden auch in Zukunft angemessen erstatten zu können, sprechen wir uns für die evidenzbasierte Medizin aus. Vor diesem Hintergrund haben wir hier als Verantwortliche in der Gesundheitspolitik der 17. Wahlperiode in Bereichen wie der Bewertung von Arzneimitteln bereits eine Nutzenbewertung eingeführt. Als Wissenschaftspartei stehen wir der Förderung akademischer Ansätze im Gesundheitswesen zur Prüfung innovativer Arzneimittel grundsätzlich offen gegenüber."

Hilde Mattheis (SPD):
„Wir wissen, dass wir in Zukunft mehr und gut ausgebildete Fachkräfte in den therapeutischen Berufen brauchen. Eine moderne Ausbildung ist eine wichtige Voraussetzung für die Attraktivität eines Berufes. Es ist deshalb wichtig, die kommende Legislaturperiode zu nutzen, um auf Grundlage der Evaluation der Modellstudiengänge die Wirkungen und den Nutzen einer Akademisierung für Patientinnen und Patienten sowie für die Berufsangehörigen selbst abschließend zu beraten. Deshalb ist der Vorschlag der GMK sehr sinnvoll, in einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe einen Aktionsplan für eine bedarfsorientierte Ausbildung in den Gesundheitsfachberufen sowie eine Neustrukturierung der Aufgaben und Kompetenzprofile zu erstellen. Natürlich ist dabei auch der Sachverstand der Verbände mit einzubeziehen. In diesem Aktionsplan sind dann ebenfalls die Fragen der Akademisierung und der Anpassung an europäisches Recht zu klären. Die Novellierung der elf bundesrechtlich geregelten therapeutischen Berufe und Assistenzberufe im Gesundheitswesen wird sicher ein Schwerpunkt der Gesetzgebung der nächsten Wahlperiode werden."

Morgen setzen wir die Reihe mit der Frage fort, welche Standpunkte die Parteien zu einer möglichen Umsatzsteuerbefreiung von Physiotherapiepraxen vertreten.